

Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 13.

Bearbeitet mit der Herausgabe: Hofrat Doenges in Dresden.

1915.

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

(Fortsetzung der Sitzung vom 14. Juli vorm.)

Mitberichterstatter Abg. Schmidt-Zeisberg (ton):

Wenn auch der Bericht mit Recht davon spricht, daß die Befreiung einheitlich gezeigt werden seien, so möchte er doch ebenso viele Erklärungen zu verschiedenen Befreiungen geben deshalb, weil vielleicht sonst ihre Haltung daran im Lande nicht vollständig verstanden werde. Wenn davon gesprochen worden sei, daß starke Meinungsverschiedenheiten über die Materie bestanden haben, so ist das bei allen darüber Angelegten eben ja nur natürlich, weil die verschiedenen Parteien in ihren Grundanschauungen verschiedene Auffassungen von einer Sache haben müssen. Wenn es aber trotzdem zu einer Einigung gekommen sei, so beweist das, daß aus allen Seiten ein harter Einigungswille und ein einigendes Moment vorhanden seien, nämlich die Verfolgung des Zweckes, den Bevölkerung Lebensmittel zu annehmenden Preisen zu versorgen. Also über das Endziel seien sich alle einig gewesen, nur nicht völlig einig über den einzuschlagenden Weg. Die Konservativen seien von vorherher der Ansicht gewesen, daß die Sicherstellung der Ernährung des Volkes nur möglich sei durch die Sicherheit der Produktion. Es sei ganz natürlich, daß, wenn die Sicherstellung der Produktion unabdingt nötig sei, natürlich dann auch die Höchstpreise der Produktion genügt werden müssen. Wenn sich in Zukunft wieder einmal eine Anordnung wie die Bereitstellung von Dauerwaren notwendig machen sollte, so bitte er die Regierung, doch auf dem Wege des Geheimerlasses entsprechend anzurufen, damit das Parlament nicht erst in Angst und Sorge verkehrt werde. Gegen die Befreiungnahme der Kartoffeln hätten sie gewisse Bedenken gehabt, sie hätten sich aber mit dem Worte „Sicherstellung“ einverstanden erklärt. Wie diese erfolgen sollte, wisse er heute aber noch nicht. Es sei gar nicht anders möglich, als daß man die Sicherstellung dadurch herbeiführe, daß die Versorgung der Gesamtbevölkerung durch die Kommunalverbände erfolge. Dem Antrage, daß den Kommunalverbänden die Selbstwirtschaft gestattet würde, hätten sie sich angegeschlossen; er möchte bei dieser Gelegenheit über den Wunsch aussprechen, daß man auch den Landwirten die Selbstversorgung möglichst erleichtern möchte. Große Bedenken hätten sie dagegen geäußert, den Durchschnittspreis der letzten zehn Jahre als Höchstpreise zugrunde zu legen. Sie hätten aber dann für diesen Zeitraum gestimmt, weil in demselben gesagt wurde, daß Aufschläge, welche die erhöhten Herstellungskosten während des Krieges gewissermaßen ausgleichen, gewährt werden sollten. Auch gegen die Bestimmung, daß die Höchstpreise, sowohl die Stalpreise, als auch die Verkaufspreise, festgelegt werden sollten, hätten sie große Bedenken gehabt, besonders wegen der Durchführbarkeit; und nicht nur sie, sondern auch die Regierung selbst und auch die Dresdner Landeskammer. Trotzdem hätten sie dafür gestimmt aus der Erwähnung heraus, daß das Ziel ein so erreichbares sei, daß man versuchen müsse, die ganzen Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn man dazu kommt, Verkaufspreise für Fleisch in den Fleischereien einzuführen, so müßten diese Verkaufspreise sich natürlich den Stalpreisen möglichst nähern. Wenn man etwa daraus den Schluss ziehen möchte, daß die Ladenbesitzer das Parlament überzeugen, so würde das ganz gewiß sehr falsch sein. Die Ladenbesitzer hätten von dem Gewinn, der sich herausgestellt zwischen Stalpreis und Verkaufspreis, das Allerwerteste, die dazwischen liegenden Hälften nehmen das weg. Wenn es möglich wäre, den Bäcker, der hier ganz entschieden getrieben worden sei, richtig zu treffen und auszuholen, wenigstens dadurch, daß man Verkaufspreise einführt, so seien sie erfreut, die alles unterstützen, was in dieser Hinsicht geschehen könnte. Mit großer Freude hätten sie begrüßt, daß durch die Bundesratsverordnung die Versorgung der Bevölkerung mehr in die Hände der Kommunalverbände gelegt werde als bisher. Sie erhofften davon, daß man die Sache mitunter etwas sachverständiger behandelt als bisher. Zu Punkt 4b des Berichts möchte er noch auf eins hinweisen. In der Zukunft werde es ja mit den Buttermitteln etwas besser werden. Das durch die Bundesratsverordnung über die Käse, die nicht aus deutschem Getreide stamme, freies Handelsrecht bleibe, und daß man nicht davon gedacht habe, auch hier Höchstpreise einzuführen, das sei seines Erachtens ein Wangel. Über die Zusammenfassung des Aussichtsrates und der Geschäftsbüro der Reichsgetreidestelle, die in § 11 bis 12 der Bundesratsverordnung geregelt sei, könne er nur seine Gründe ausdrücken. Er bedauert nur, daß man bei der Zusammenfassung die Handwerker vollständig vergessen habe, die sich mit der Herstellung von Lebensmitteln beschäftigen. Im großen und ganzen möchte er die Meinung vertreten, daß in der Deputation außerordentlich und außerordentlich fleißig gearbeitet worden sei und daß etwas Zustande gebracht worden sei, was der Regierung mit auf den Weg gegeben werde, das der Meinung des sächsischen Volkes im allgemeinen Ausdruck gebe. Hoffentlich werde diesen Wünschen entsprochen. (Lebhafte Bravo! rechts und in der Mitte.)

Mitberichterstatter Abg. Lange-Leipzig (ton):

Man könne nicht erwarten, daß der vorliegende Bericht die Ernährungsfrage löse oder sie auch nur einigermaßen läse, man könne auch nicht erwarten, daß der Bericht der Deputation überall Bestrebung auslösen solle. Das liege aber weniger an den Beratungen als an dem Wegenstand der Beratungen. Es habe sich nur darum gehandelt, die Wünsche zu formulieren, die man der Regierung habe mitgeben wollen und die sie bei dem beschränkten Einflusse, den sie im Bundesrat habe, noch ihrem besten Wissen und Gewissen zu vertreten suchen solle. Diese Wünsche seien zum Teil auch überholt. Nicht uninteressant sei es für ihn gewesen, daß es in den Beratungen bei dem guten Willen von allen Seiten nicht gelungen sei, den Vertreter der Lebensmittel ausführlich zu machen. Selbstverständlich sei die Landwirtschaft vollständig unschuldig daran. Die Landwirtschaft habe gar keinen Vorteil davon gehabt, sondern sie ringe um ihre Existenz. Die Landwirtschaft sei weit gegangen, sie habe ihre guten teuren Saatgattstoffe verkauft und sich damit begnügt, gewöhnliche Speisegattstoffe zu pflanzen, gewiß ein großer Fehler, was seitens der Landwirtschaft gedacht worden sei. (Lange, links.) Die Mühlen und natürlich auch die Bäckereien hätten so furchtbare Rolle. Ihre Verdopplung verdoppelt sich, verdreifacht sich zwar, aber das ist nicht zur Sache, jedenfalls fragten sie nach allen Regeln der Kunst. (Sehr gut! links.) Und die Bäcker natürlich, denen geht es erst recht schlecht. Bäckerei gebe es nicht. Sie wollten nur an der Verteilung eingeschaltet sein, damit sie Bewegung hätten. Bäckereien wollten sie keinen Augenblick. Und darum müsse man die Konsumanten durch die Höchstpreise vor sich selbst schützen. Das sei der Zweck der Höchstpreise. Das sei ungefähr das Resultat von dem, was von verschiedenen Seiten zur Begründung vorgetragen worden sei. Und zu diesem Zweck werde aus Frankreich, aus England verwiesen; die Preise dort seien viel höher, als in Deutschland. Wenn man sich auf den Standpunkt setze, daß die Engländer ein ganz verschiedenes Grämervolk seien, dann dürfe man das in Deutsch-

land nicht nachmachen. Dies wäre ja ein Punkt, deutsche Art, deutsches Wesen und deutsche Kultur zu beweisen. Nun sage man: Ja, wenn Höchstpreise festgesetzt werden, dann geschiehe nicht nach den gegenwärtigen Produktionssätzen, dann gefährde man die Produktion. Auf diesen Standpunkt könne man sich nur dann stellen, wenn man den Krieg als eine dauernde Einrichtung betrachte. Redner streift dann kurz einige Wünsche, z. B. lasse man die sanitären Maßnahmen ganz und gar außer acht. Was heißt das? V. an Wurst fabriziert werde, das habe nur noch den Namen mit der Wurst gemein. Und so sei es auch auf dem Gebiete der Marzipanfabrik und auf dem Gebiete der Milch. Es wäre da zu wünschen, daß im Interesse der Gesundheit des Volkes die Regierung nicht allzuweit die Jügel schleifen ließe. Auch die sogenannte Liebesabstimmung habe da recht große Sünden begangen. Was da an Qualität und Quantität geboten werde, grenze an Wucher. Das Deutsche Reich habe seine Zolle an den Grenzen aufgehoben, damit das, was herein kommt, nicht noch versteuert werde. Aber der Staat Sachsen habe seines Schlach- und Übergangsteuer nicht aufgehoben. In Sachsen verbietet man Versammlungen, die sich mit der Lebensmittelsteuer beschäftigen wollten. In Bayern verbietet man den Bucher und setzt auf ihn Gefangenstrafen. Er meint, es sieht sich auch auf diesem Gebiete noch etwas mehr vor, seit der Regierung, nun. Erstens sei die Bundesratsverordnung, die gestern durch das Wohlige Tepeckenbüro bekannt geworden sei, über die Braunkohlenindustrie, die zwangsläufig Zusammenföderung und Preisregulierungen erfordere. Gerade die höchste Regierung hätte auf diesem Gebiete ein großes Feld der Tätigkeit. Es sei doch nicht unbekannt, daß ein Prager Konsortium fast die ganze sächsische Braunkohlenindustrie in seine Hände gebracht habe. (Sehr richtig!) Jedoch nicht nur die sächsische Industrie, sondern auch die Bevölkerung auf die Tauer geföhret werden könne. Die Bundesratsverordnung bietet die Handhabung zur Abbildung. Redner ging dann näher auf die Ausführungen des Abg. Schmidt ein und schloß mit der nochmaligen Feststellung, daß genügend Nahrungsmittel in Deutschland vorhanden seien, daß man sich aus dies im Grunde auch nicht scheuen solle, Hand anzulegen, daß sie für jeden und zu einem annehmbaren Preis zugänglich seien. (Beifall links.)

Staatsminister Graf Bismarck v. Eichstädt
(nach den kenographischen Niederschriften):

M. H.: Die sehr eingehenden Beratungen der I. Deputation haben das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß sämtliche Parteien zu einer gemeinsamen Formulierung ihrer Wünsche hinsichtlich der Höchstpreise gelangt sind, die ihnen für die weitere Behandlung der Ernährungsfrage als wesentlich erscheinen. Dies muß um so höher bewertet werden, als zweifellos je nach dem Standpunkt, den der einzelne im wirtschaftlichen Leben einnimmt, das Gewicht der Betracht kommenden Umstände sehr verschieden bereitstehen werden kann. Wenn es der Deputation gelungen ist, das Für und Wider bei so vielen Einzelfragen doch auf einer mittleren Linie zum Ausgleich zu bringen, so darf dies als eine wertvolle Erfüllung angesehen werden, daß alle Parteien in dem Willen einig sind, gegenüber den großen Aufgaben der Zeit alle Sonderwünsche zurückzustreben zu lassen. Die Regierung, die für Ihre Deputation, soviel es ihr irgend möglich war, das Parlament zur Verfügung gestellt hat, nimmt mit Interesse von dem Gesamtergebnis Kenntnis. Das die geäußerten Auträge zum großen Teil nur durch Entschließung der zuständigen Reichsstellen erledigt werden können, ist bekannt. Der Gang der weiteren Verhandlungen im Bundesrat über wirtschaftliche Maßnahmen muß selbstverständlich auch auf die Stellung der Staatsregierung von Einfluß sein, die nicht im voraus und ohne Kenntnis der Unterlagen, die in diesen Verhandlungen beigebracht werden, sich auf Einzelheiten einzulegen kann. Sie sieht jedoch nicht an, zu erläutern, daß sie sich mit dem grundsätzlichen Wunsche der Kammer, jeden nicht durch die Verhältnisse unabdingt gebotene Beteiligung der Lebenshaltung voraussichtlich der örtlichen Bevölkerung entgegenzuwirken, in vollem Einflange befindet. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Günther (fortschr. Vp.):

dachte zunächst dem Verfasser des Berichts den Abg. Höpfer für seine unermüdliche Tätigkeit und Ausdauer. (Lebhafte Zustimmung), wofür ihm gewiß die Anerkennung des Hauses nicht ver sagt werde. (Bravo!) Gewiß handle es sich bei den von der Vertretung des sächsischen Volkes in Abreinstimmung mit der Staatsregierung geschaffenen Befreiungen nur um Wünsche, welche die Staatsregierung im Bundesrat vertreten sollte, das schließe aber — und das habe auch der Dr. Minister des Innern deutlich zu erkennen gegeben — nicht aus, daß man im Bundesrat diesen reizlich erwogenen Vorschlägen volle Beachtung schenken werde. Bei der Beratung in der Deputation sei ihr Augenmerk darauf gerichtet gewesen, der Bevölkerung auch im Zukunft Lebensmittel in ausreichender Menge und zu erschwinglichen Preisen zu sichern. Es handle sich nicht um die Erhaltung eines einzelnen Standes, sondern es müßten möglichst alle Verhältnisse dem großen deutschen Vaterland erhalten bleiben. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Aber die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft müsse um des Ganzen willen erhalten bleiben. Diese Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft sei in der Deputation von verschiedenen Seiten voll anerkannt worden. Die heutigen Ausführungen des Hen. Abg. Schmidt-Zeisberg könnten aber außer Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gewisse Zwecke ausfüllen lassen. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft lasse sich jedoch an der Hand der Erntebücher überzeugen nachweisen. Selbst unter Berücksichtigung der Bevölkerungs zunahme könne niemand den glänzenden Auftrag der deutschen Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren bestritten. Redner beweist dies durch statistische Zahlen über das Brotgetreide. Nicht allein aber beim Brotgetreide zeige sich eine gewaltige Zunahme, sondern auch bei den Buttermitteln. Daher werde noch Erhöhung der Ernte wohl auch die Buttermitteln behoben sein. In der Produktivität steige die deutsche Landwirtschaft unter den Kulturstämmen an allererster Stelle, und die großen Ertragszüge der deutschen Landwirtschaft, unter der die sächsische Landwirtschaft die erste Spur einnehme, beruhen nicht etwa auf dem Bölschung, sondern auf anderen Ursachen. (Sehr richtig!), besonders aber auf der Intelligenz und der Tüchtigkeit der deutschen Landwirte. Aus allen diesen Ursachen ergebe sich, daß auch bei einer mittleren Ernte Lebensmittel in Deutschland genügend erzeugt würden. Die immer steigende Produktion der Lebensmittel im eigenen Lande werde sich weiter fortsetzen. Er wisse wohl, daß eine intensivere Erwerbsweise auch größere Auswendungen erfordere, besonders zu Kriegszwecken. Aus solchen Erwägungen heraus stimme er und seine Fraktion bei der Festlegung der Höchstpreise dafür, daß diese für Getreide und seine Nachprodukte und für Speisegattstoffe nach dem Durchschnittspreis der letzten zehn Jahren zugleich eines durch den Kriegszustand bewogenen durchschnittlichen Mehrbrauchsmaßes festzusetzen seien. Dabei lasse er keinen Zweifel aufkommen, daß die gegenwärtigen Höchstpreise zweifellos zu hoch und auch durch die höheren Auswendungen in der Landwirtschaft während der Kriegszeit keineswegs gerechtfertigt seien. Man erwarte im allgemeinen eine gute Ernte, so besonders in Bayern. Seit mehr als 20 Jahren hätten dort die Bauern nach ihren eigenen Angaben — und das müsse gewiß etwas heißen — (Heiterkeit) kein schönes und vollwertiges Getreide gehabt wie in diesem

Jahre. (Gern in der Mitte: Sie sind vielleicht nicht so vorsichtig, die Bayerischen!) Sie breiten Volkschichten hätten sicher ein Recht darauf, daß die Höchstpreise herabgesetzt würden. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Es müsse bei den Höchstpreisen eine Preispolitik verfolgt werden, die es den weniger bemittelten Volksklassen ermögliche, ihrer Konkurrenz entsprechend ausreichende Lebensmittel zu kaufen. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Eine solche Preispolitik bezeichne er als eine nationale Aufgabe der Regierung und der sächsischen Volksvertretung. (Sehr schön! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Die Sicherung der Ernte und die damit Hand in Hand gehende allgemeine Mobilisierung der Lebensmittel, ihre zweckmäßige Verteilung und Verbilligung würden ein weiteres Band bilden für das Durchhalten und den endgültigen Sieg des deutschen Volkes. (Bravo!)

Abg. Dr. Riechammer (nl.):

Dem ganzen Gang der Verhandlungen über die ganze Materie kann man entnehmen, welches lebhafte Interesse man im Landtag habe, diese Frage hier im Plenum zu besprechen. (Abg. Riechammer-Lenzsch: Sehr richtig!) Man brauche in dieser Hinsicht glücklicherweise die Sorge nicht mehr zu haben, daß das Ausland aus diesen Ausführungen Kapital für sich mache. Er lasse es dahingestellt, ob England in seiner Selbstüberhebung wirklich die Verhandlungen des Landtages im einzelnen verfolge. Er möchte nur wünschen, daß es dies mit der nötigen Gründlichkeit tue, dann könnte es nur die Belebung dessen finden, daß an ein Auskunftsamt in Deutschland und auch in Sachsen nicht zu denken sei. (Sehr richtig!) Auf Einzelheiten eingehen möchte er im Hinblick auf die eingehenden Deputationsberatungen nicht. (Sehr richtig!) Nicht unverdrossen aber möchte er die längeren Ausführungen des Abg. Schmidt loslassen; der habe die Interessen des Landwirtschafts in einer Form vertreten, die wohl etwas über das Maß seiner Tätigkeit als Abgeordneter hinausgeht. (Sehr richtig!) Dem Abg. Lange, der in humorvoller Weise die verschiedenen Merkmale der Meinungsverschiedenheiten hervorgehoben habe, schließe er sich hinsichtlich der Kohlenfrage an. Es sei noch ein anderes schweres Bedenken bei den Beratungen über die Vollernährungsfrage geltend gemacht worden, daß Bedenken, daß es gegen den Brotzettel, die so in die Parteiengegenseite, vor allen Dingen in die Interessen gegenseitige hineingreife, wie es die Rotfrage ist. (Sehr wahr in der Mitte.) Aber um so höher sei es anzuerkennen und um so mehr darf man sich freuen, daß man sich durch dieses Bedenken nicht habe abhalten lassen, diese Angelegenheit hier öffentlich zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig!) Er möchte sagen, daß eine Belebung des Brotzettels, wie sie in der Deputation und auch in diesen Beratungen hier an den Tag getreten sei, in weiterem Sinne dem schlichten Wunsche Rechnung trage, daß aus der Zeit der Not unseres Vaterlandes, die das Volk zusammengebracht habe gegen den äußeren Feind (Sehr richtig!), auch eine Quelle inneren Friedens für die Zeit nach dem Kriege hervorgehe. (Bravo! in der Mitte. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und es könne als Vorschlag der Deputation anerkannt werden, daß alle Parteien sich ernstlich bestrebt haben, dem wichtigsten, dem großen vaterländischen Gesichtspunkt, um den es sich handle, lebhaften Rückhalt zu geben und zum Sieg und zum Erfolge zu verhelfen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Schreiber (ton.):

Obgleich seine Partei der Meinung gewesen sei, daß der Antrag Riechammer eigentlich durch die Verordnung des Ministeriums des Innern, durch die Regierungserlasse wie auch durch die Bundesratsverordnung bereits in den Haushalten überhaupt worden sei, so ist ihr doch dieser Antrag durchaus nicht unverdrossen gewesen, weil sie auch darüber Gelegenheit gehabt habe, einmal eine eingehende Rücksicht an den Maßnahmen zu üben, welche die Regierung während des Krieges getroffen habe, und dann die schweren Angriffe zurückzuweisen, die von der Öffentlichkeit gerade in der gegenwärtigen Zeit vielfach gegen die heimische Landwirtschaft erhoben worden seien. Nun dürfe hoffen, daß aus den Ergebnissen wie aus den Erfahrungen des letzten Kriegsjahrs die nötige Folgerung gezogen werde und daß in bezug auf die Vollernährung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht